

Info-Mail



Von: Besseres Lernen [mailto:pressestelle@wir-wollen-lernen.de]
Gesendet: Mittwoch, 16. Dezember 2015 10:54
An: "pressestelle@wir-wollen-lernen.de" (pressestelle@wir-wollen-lernen.de)
Betreff: Bürgerbegehren genehmigt: Grundschule an der Lienaustraße muss erhalten bleiben!
(WWL-Info-Mail Nr. 46/2015)

WWL-Info-Mail Nr. 46/2015

Hamburg, 16. Dezember 2015 – Bürgerbegehren genehmigt: Grundschule an der Lienaustraße muss erhalten bleiben!

Wenn es nach Schulsenator Ties Rabe geht, soll die Grundschule Lienaustraße in der Region 16 (Farmsen-Berne/Bramfeld), die von der Schulbehörde als Zweigstelle der Grundschule Karlshöhe geführt wird, zum Ende des laufenden Schuljahres geschlossen werden. Die dort unterrichteten Grundschul Kinder sollen auf andere Grundschulen umverteilt werden und vor allem der rund 1 km westlich liegenden Grundschule Karlshöhe zugewiesen werden. Für viele Kinder aus der Lienaustraße würde das nicht nur den Verlust der vertrauten Schulumgebung, sondern auch einen deutlich längeren Schulweg bedeuten.

Die bisher bekannten Beweggründe des Senators sind so interessant wie durchsichtig, wenn man sich näher mit dem zur Verfügung stehenden Material beschäftigt:

Erstens ist das denkmalgeschützte Fritz-Schumacher-Gebäude sanierungsbedürftig. Geld, das der Senator offenbar gerne sparen möchte. Interessant freilich, dass die Angaben zur Höhe der Sanierungskosten offenbar eher politisch geschätzt, als seriös kalkuliert sind. Denn hieß es aus der Schulbehörde im August gegenüber dem Hamburger Abendblatt noch 2,7 Millionen Euro, kletterten die Beträge wenige Wochen später in einer Senatsantwort auf eine schriftliche kleine Anfrage auf 4,2 Millionen, um dann im Herbst von einem Behördenvertreter gegenüber dem Abendblatt bereits mit angeblichen „4,5 bis 5,5 Millionen Euro“ beziffert zu werden:

Hamburger Abendblatt v. 14.12.2015: Dressel soll Schulbehörde weich klopfen
<http://www.abendblatt.de/hamburg/wandsbek/article206822837/Schule-Berne-Dressel-soll-Schulbehoerde-weich-klopfen.html>

Zweitens – und das ist mindestens ebenso interessant – weiß die eine Stelle im Gefüge der Behörden offenbar nichts von den Planungen an anderer Stelle: So wurde in einer [Pressemitteilung der Schulbehörde vom 24. September 2015](#) noch ausdrücklich auf die angestrebte **Nutzung der Schule als Unterkunft für Flüchtlinge** hingewiesen: *„Eine vorübergehende Nutzung etwa als Flüchtlingsunterbringung bietet die besondere Chance, dass der Standort dort nicht grundsätzlich aufgegeben werden muss, sondern bei einem unerwarteten Anstieg der Bevölkerungszahlen zu einem späteren Zeitpunkt als Schulgebäude reaktiviert werden kann.“*

Flüchtlingsunterkünfte oder für Wohnungsbauvorhaben. Eine vorübergehende Nutzung etwa als Flüchtlingsunterbringung bietet die besondere Chance, dass der Standort dort nicht grundsätzlich aufgegeben werden muss, sondern bei einem unerwarteten Anstieg der Bevölkerungszahlen zu einem späteren Zeitpunkt als Schulgebäude reaktiviert werden kann. Über die weiteren Schritte werden die Anwohner zeitnah informiert.“ Landesschulrat Thorsten Altenburg-Hack wird mit den Eltern der betroffenen Schülerinnen und Schüler die weiteren Planungen erörtern.

Kurz darauf merkte man offenbar im Senat, dass dieser Grund politisch zu heiß werden könnte. Nur 3 Wochen später hieß es deshalb in einer [Senatsantwort vom 13. Oktober 2015](#) auf eine schriftliche kleine Anfrage feinsinnig: „*Diese Entscheidung steht in keiner Weise mit der derzeitigen Suche nach geeigneten Flüchtlingsunterkünften in Zusammenhang. ..., die Entscheidung über etwaige Nachnutzungen erfolgt erst im Nachgang.*“

Diese Entscheidung steht in keiner Weise mit der derzeitigen Suche nach geeigneten Flüchtlingsunterkünften in Zusammenhang. Die Schließung erfolgt aufgrund der oben genannten Überlegungen der zuständigen Behörde, die Entscheidung über etwaige Nachnutzungen erfolgt erst im Nachgang.

In der Sache selbst steht Schulsenator Rabe mit seinem Schließungsplan allein da. Alle relevanten Gremien unterstützen die Erhaltung des Schulstandortes. Die besseren sachlichen Gründe sprechen ebenfalls für die Erhaltung der Schule Lienastraße:

- Die zuständige **Bezirksversammlung Wandsbek** hat sich einvernehmlich für die Erhaltung der Schule Lienastraße ausgesprochen.
- Die **Vorsitzende des SPD-Distrikts Berne**, Monika Hauto, hat in einem Brandbrief an Bürgermeister Olaf Scholz die Erhaltung der Schule Lienastraße gefordert.
- Ein **breites Elternbündnis** fordert die Erhaltung der Schule Lienastraße und hat dafür ein Bürgerbegehren gestartet.
- Das Bürgerbegehren der **Bürgerinitiative „Schule Berne muss bleiben!“** ist jetzt genehmigt worden.
- Die von der Schulbehörde in den Raum geworfenen **Zahlen** zu Sanierungskosten sind **überhöht**, die tatsächlich niedrigeren Sanierungskosten für den Wert des Gebäudes mehr als angemessen.
- Den betroffenen Grundschulkindern aus dem Umfeld der Schule Lienastraße würden zu einem großen Teil **unzumutbar lange Schulwege** entstehen.
- Die **Umverteilung** der bisher in der Lienastraße unterrichteten Kinder auf andere Grundschulen würde zu **sozialen Brüchen** führen und die Kinder aus ihrer gewohnten Lernumgebung reißen.
- Die **Bevölkerungsstruktur** in der Berner Siedlung, zu der die Schule gehört, lässt **absehbar wachsende Anmelde- und Schülerzahlen** erwarten.
- Die Neubauvorhaben Berner Heerweg (130 Wohnungen) und Nachverdichtungen am Birckholtzweg und an der Straße Beim Farenland lassen weitere wachsende Anmelde- und Schülerzahlen erwarten.
- Durch die Umverteilung der vorhandenen mehr als hundert Grundschulkindern werden **andere Grundschulen „mutwillig“ überlastet** (M. Hauto).
- Seit Gründung des Sondervermögens Schulimmobilien 2010 sind **bereits rund 600.000 Euro** in Umbauten und WC-Anlagen in der Schule Lienastraße **investiert** worden.

Dem eingangs genannten Bericht im Hamburger Abendblatt zufolge geht die Auseinandersetzung zwischen dem breiten Eltern- und Bürgerbündnis einerseits und Schulsenator Ties Rabe andererseits jetzt in die heiße Phase. SPD-Fraktionschef Dr. Dressel soll einen Kompromiss mit Schulsenator Rabe finden. Wir drücken ihm dabei die Daumen und werden die Elterninitiative aktiv beim Bürgerbegehren unterstützen.

Für alle Eltern aus dem Umfeld der Schule Lienastraße gilt:

Setzen Sie in der bevorstehenden Anmelderunde ein Zeichen und melden Sie Ihre Kinder für den Standort Lienastraße an, und zwar insbesondere auch dann, wenn Ihnen von dem der Schulbehörde unterstehenden Schulleiter der Schule Karlshöhe gesagt werden sollte, die Schule stehe vor der Schließung. Lassen Sie sich von solchen Desinformationen nicht einschüchtern. Die „Entscheidung“ von Schulsenator Rabe ist bisher nicht mehr und nicht weniger als eine Pressemitteilung, die ebenso schnell zurückgenommen werden kann, wie sie im September verkündet worden ist.

Herzliche Grüße,
Ihr Team „Wir wollen lernen!“

Weiterführende Informationen:

Facebook: Schule Berne muss bleiben

<https://www.facebook.com/SchuleBernemussbleiben/>

Webseite: SCHULE BERNE MUSS BLEIBEN

<http://www.schule-berne.de/>

BSB: Schulwegermittlung

<http://www.hamburg.de/schulweg/>

Hamburger Abendblatt v. 14.12.2015: Dressel soll Schulbehörde weich klopfen

<http://www.abendblatt.de/hamburg/wandsbek/article206822837/Schule-Berne-Dressel-soll-Schulbehoerde-weich-klopfen.html>

Hamburger Abendblatt v. 24.9.2015: Schule Lienustraße schließt: SPD schreibt Brandbrief

<http://www.abendblatt.de/hamburg/wandsbek/article205793603/Schule-Lienastrasse-schliesst-SPD-schreibt-Brandbrief.html>

Immer aktuell: FORUM BILDUNG HAMBURG

Diskutieren Sie bildungspolitische Themen im Live-Chat

Facebook: <http://www.facebook.com/groups/303593083088365/>

„Wir wollen lernen!“

Förderverein für bessere Bildung in Hamburg e. V.

Dr. Walter Scheuerl (Sprecher)

Tel.: +49 (0)40 359 22-270

Mobil: +49 (0)172 43 53 741

Fax: +49 (0) 40 359 22-224

E-Mail: walter.scheuerl@wir-wollen-lernen.de

Internet: www.wir-wollen-lernen.de

Am 18.7.2010 konnten die Primarschul-Pläne mit dem erfolgreichen Volksentscheid endgültig - und für Senat und Bürgerschaft verbindlich - gestoppt werden! Mit der Verabschiedung des 14.

Änderungsgesetzes zum Hamburger Schulgesetz am 15.9.2010 ist der Volksentscheid erfolgreich umgesetzt worden. Die Volksinitiative "Wir wollen lernen!" hat durch zweieinhalb Jahre ehrenamtliches Engagement vieler Tausend Hamburgerinnen und Hamburger viel erreicht:

- Erhaltung der Grundschulen bis Klasse 4
- Erhaltung der weiterführenden Schulen ab Klasse 5
- Erhaltung des Elternwahlrechts für die Schulform der weiterführenden Schulen
- Erhaltung der Gymnasien mit eigenständigem Bildungsauftrag und Beobachtungsstufe
- Sicherstellung verlässlicher und transparenter Informationen für die Eltern durch Schullaufbahnpflicht als Einschätzung der Zeugniskonferenz in Klasse 4, die den Eltern auch auszuhändigen ist
- Ein individuelles Recht der Eltern auf begleitende Notenzeugnisse auch schon in Klasse 3 sowie
- gegenüber der ursprünglichen Planung kleinere Klassen
- Abschaffung von Büchergeld

Doch das Schulgesetz ist nur das Fundament für wirklich gute und erfolgreiche Schulen in Hamburg. Jetzt kommt es darauf an, dass das Ergebnis des Volksentscheids auch nachhaltig und ehrlich umgesetzt wird. Denn die Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Schulleitungen wollen gute Schule leben!

Wenn Sie diesen Newsletter abbestellen möchten, schicken Sie einfach eine kurze E-Mail an: info@wir-wollen-lernen.de

Erhalten Sie diesen Newsletter nur auf Umwegen und möchten Sie künftig direkt in unseren Verteiler aufgenommen werden, schreiben Sie uns einfach eine kurze E-Mail an: info@wir-wollen-lernen.de

„Wir wollen lernen!“- Förderverein für bessere Bildung in Hamburg e. V.
AG Hamburg, VR 20129, Vorstand: Ulf Bertheau, Dr. Walter Scheuerl, Ralf Sielmann

Hamburger Sparkasse
BLZ 200 505 50
Konto Nr. 1280 / 310 689

Hinter der im Frühjahr 2008 gegründeten Initiative stehen engagierte Eltern, Lehrer, Schüler und Bürger aus allen Stadtteilen Hamburgs.